



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Chancen der Wasserstofftechnologie in Bayern angesichts der Ökostromlücke

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Medien und Digitalisierung einen Bericht zu Perspektiven der Produktion von grünem Wasserstoff in Bayern angesichts der anhaltenden Ökostromlücke in Bayern zu geben. Insbesondere soll dabei auch eine Bewertung der Studie „Quo vadis, Elektrolyse“, die im Herbst vom Netzbetreiber TenneT und zwei führenden Gasunternehmen vorgestellt wurde, vorgenommen werden. Die Autoren gehen davon aus, dass es für den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur wesentlich auf eine volkswirtschaftliche Effizienz ankommt und daher große Elektrolyseanlagen vor allem dort installiert werden, wo ausreichend Überschussstrom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung steht. Andernfalls wäre zusätzlicher Stromnetzausbau erforderlich und würde erhebliche Zusatzkosten verursachen.

In dem Bericht soll insbesondere auch auf die folgenden Fragen eingegangen werden:

- Wie werden sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten voraussichtlich die Jahresstunden entwickeln, in denen in Bayern Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, der nicht direkt verbraucht, zum direkten Verbrauch abtransportiert oder in Kurzzeitspeichern (Batterien, Pumpspeicherkraftwerke) gespeichert wird, also als „Überschussstrom“ vorliegt, der dann sinnvollerweise zur Herstellung grünen Wasserstoffs verwendet wird?
- Mit welchem Zubau von Elektrolyseanlagen rechnet die Staatsregierung angesichts der absehbaren stromwirtschaftlichen Situation bis 2030, 2035 und 2040?
- Wie viele Jahresbenutzungsstunden für Elektrolyseanlagen sind nach Ansicht der Staatsregierung erforderlich, damit Elektrolyseanlagen in Bayern konkurrenzfähigen Wasserstoff produzieren können?
- Würde die Staatsregierung den Bau weiterer zusätzlicher Stromübertragungsleitungen akzeptieren, um Elektrolyseanlagen in Bayern besser auszulasten?

Begründung:

Die im Antrag angeführte Studie „Quo vadis, Elektrolyse“ untersucht den Strommarkt in Deutschland und versucht eine volkswirtschaftliche Optimierung beim Hochlauf der Wasserstoffinfrastruktur. Da zukünftige große Elektrolyseanlagen bei der Herstellung von Wasserstoff als Stromverbraucher wirken, können diese erhebliche Auswirkungen auf den Netzausbau, sowohl im Verteilnetz, aber – je nach Größe – auch im Übertrags-

netz auslösen. Dieser zusätzliche Netzausbau wäre volkswirtschaftlich mehr als fraglich, da er entweder von allen Verbraucherinnen und Verbraucher getragen werden müsste oder den damit produzierten Wasserstoff zusätzlich verteuern. Daher empfehlen die Autoren im anstehenden Planungsprozess große Elektrolyseanlagen vor allem dort zu errichten, in denen in vielen Stunden des Jahres ausreichend Überschussstrom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen werden.

Die bisherige Politik in Bayern war relativ stark auf den Ausbau der Photovoltaik ausgerichtet. Die hohe Produktion von Solarstrom konzentriert sich natürlicherweise auf einige hundert Stunden im Jahr, bestenfalls auf 1 000 Stunden. Dies erscheint für die Produktion von grünem Wasserstoff volkswirtschaftlich nachteilig zu sein. Der Bericht soll dazu dienen, die Entscheidungen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Wasserstoffinfrastruktur auf eine fachliche Grundlage zu stellen.